

Kleingärtner in Raderthal siegen: Stadtkündigungen unwirksam erklärt

Kleingärtner in Raderthal gewinnen Rechtsstreit gegen Stadt: Kündigungen unwirksam, Investor zieht Bauprojekt zurück.

Rolle der Kleingärten in der Stadtentwicklung: Ein Beispiel aus Raderthal

Raderthal im Fokus

Die Stadt Raderthal sah sich mit einer rechtlichen Auseinandersetzung konfrontiert, nachdem sie Kleingärtnern in der Anlage Faßbenderkaul gekündigt hatte. Die Entscheidung der Stadt, Pachtverträge zu beenden, war verbunden mit den Plänen eines Investors zur Errichtung eines Wohnprojektes. Was zunächst wie ein einfacher Geschäftsschritt erschien, entwickelte sich schnell zu einem Brisanten Thema und zeigt die komplexen Zusammenhänge von Stadtentwicklung und Umweltschutz auf.

Hintergrund der Entscheidung

Im Jahr 2022 entschloss sich die Stadt dazu, elf Pächtern ihre Kleingärten zu kündigen, da die WVM-Gruppe auf angrenzendem Land 140 geförderte Studentenapartments errichten wollte. Allerdings wurde schnell klar, dass keine rechtlichen Grundlagen, wie ein Bebauungsplan, für eine solche Maßnahme vorlagen. Dies ließ den Kleingartenverein Köln Süd und andere Unterstützer aktiv werden und schließlich auch Klage einreichen.

Der Rechtsstreit und seine Bedeutung

Der Fall wurde schließlich am Amtsgericht Köln verhandelt, das im April 2023 zugunsten der Kleingärtner entschied. Das Gericht stellte fest, dass ohne einen Bebauungsplan keine Bauten auf den betreffenden Grundstücken realisiert werden dürften.

Zudem zeigten die Ereignisse, wie wichtig Kleingärten nicht nur für die Anwohner, sondern auch für die ökologische Gesundheit der Stadt sind. Die Stadt versuchte, in Berufung zu gehen, doch die Entscheidung des Landgerichts im Juli 2023 bestätigte die vorherigen Urteile und wies die Berufung zurück, ließ jedoch die Möglichkeit einer weiteren Revision offen.

Stimmen der Betroffenen

Simon Burger, Sprecher des Kleingartenvereins, äußerte seine Erleichterung über das Urteil, betonte jedoch, dass die Stadt jederzeit in Revision gehen könnte. Auch der langjährige Pächter Klaus Waskow betonte, dass das Gärtnern trotz der unsicheren Situation weitergehen werde, um der Natur nicht den Rücken zu kehren. „Wir setzen auf Hoffnung und tun weiterhin unser Bestes für die Pflanzen,“ sagte er und beschrieb seine Aktivitäten im Garten.

Auswirkungen auf die Wohnraumsituation

Die Rücknahme des Bauprojektes hat jedoch auch weitreichende Folgen für die Stadtentwicklung insgesamt. Die WVM-Gruppe gab bekannt, dass die Entscheidung des Landgerichts den absehbaren Verlust von 140 neu geschaffenen Wohnplätzen für Studenten bedeutet. Geschäftsführerin Erika Werres warnte, dass insbesondere ärmere Studierende künftig unter der Entscheidung leiden könnten: „Der private Wohnungsmarkt wird für sie unzugänglicher,“ so Werres.

Gesellschaftliche Relevanz der Kleingärten

Dieser Rechtsstreit ist nicht nur eine Auseinandersetzung um Landnutzung, sondern beleuchtet auch die wichtige Rolle von Kleingärten für das soziale Gefüge einer Stadt. Als grüne Oasen tragen sie zum Umweltschutz und zur Erholung der Bürger bei. Die Unterstützung durch Gruppen wie den BUND und den Ernährungsrat Köln zeigt das zunehmende Bewusstsein für die soziale und ökologische Wertigkeit dieser Flächen.

Fazit

Die Entwicklung in Raderthal verdeutlicht, dass Kleingärten kein beliebiger Raum sind, der problemlos für Bauvorhaben geopfert werden kann. Sie stehen im Spannungsfeld zwischen Wohnraumbedarf und ökologischen Interessen. Die fortlaufende Diskussion um ihre Bedeutung wird auch in Zukunft für lokale politische Entscheidungen von entscheidender Relevanz bleiben.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de